59. Jahrgang No. 274

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 14. Juni 1911

Im Kampfe um die Meinungsfreiheit.

80 Berliner Geistliche

protestieren gegen die geistige Vergewaltigung, die von dem Konsistorium der Provinz Brandenburg aus Anlaß der bekannten Jathoversammlung versucht worden ist, durch folgende Eingabe an den Evangelischen Oberkirchenrat:

Das Königliche Konsistorium der Provinz Brandenburg hat unter dem 25. März d. J. den Pfarrern D. M. Fischer an St. Markus in Berlin, Frederking an der Epiphanien-Kirche in Charlottenburg und Lic. Dr. Hollmann in Nikolassee eröffnet, daß eine tätige Mitwirkung an der zur Besprechung des Verfahrens gegen Pfarrer Jatho in Köln zum 28. März 1911 einberufenen Versammlung als durch die Pflichten des Amtes ausgeschlossen zu erachten sei, und diese Warnung mit dem Erlaß des evangelischen Oberkirchenrats vom 8. Februar 1907 begründet. Königliches Konsistorium hat dann den genannten Pfarrern sowie Pfarrer Alfred Fischer an der Jerusalemskirche in Berlin wegen aktiver Beteiligung an jener Versammlung einen Verweis erteilt.

Jene Warnung ist der großen Mehrheit der Berliner Pfarrer durch die Superintendantur zugegangen und berührt damit nicht nur die, an welche sie ursprünglich gerichtet war, sondern überhaupt **das Recht und die Stellung der Pfarrer ihren Gemeinden und der Oeffentlichkeit gegenüber.**

Dieser Umstand veranlaßt uns, bei aller Ehrerbietung gegen die uns vorgesetzte Behörde gegen jenes Vorgehen **Einspruch zu erheben.** Wir müssen **das Recht der freien Meinungsäußerung** zumal in kirchlichen und religiösen Fragen, welche unsere Gemeinde tief bewegen, **für uns unbedingt in Anspruch nehmen.** Wenn auch die Kirchenregierung das Recht hat, einen Pfarrer für das, **was** er gesagt hat, zur Verantwortung zu ziehen, so können wir sie doch nicht für befugt halten, eine Entscheidung darüber zu treffen, **ob, wann und wo er reden darf.**

Die Gemeinden — und mit diesen haben wir es auch in den sogenannten Volksversammlungen zu tun — dürfen erwarten, in kirchlichen und religiösen Angelegenheiten unser unbefangenes, von keinen äußeren Rücksichten beeinflußtes Urteil zu hören. Niemand hat ein größeres **Recht**, in bewegter Zeit zur Gemeinde zu sprechen, als wir. Dürfen wir nicht reden, so wird die Gemeinde geradezu aufgefordert, Unbefugten ihr Ohr zu leihen. Wir fühlen uns ganz besonders verpflichtet und berechtigt, **„in der Beteiligung an den kirchlichen Kämpfen der Gegenwart mäßigend auf sie einzuwirken“.** (Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats vom 8. Februar 1907.) Unsere Gemeinden müssen zu uns das Zutrauen haben dürfen, daß wir uns in unserer öffentlichen Betätigung allein von unserem in dem Evangelium gebundenen Gewissen leiten lassen. **Dieses Zutrauen aber wird zerstört, wenn unsere Behörde uns unter Umständen das Reden unterfagt.** Wir können uns auch durch die Erwägung nicht beeinflussen lassen, daß wir uns nach dem Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats vom 8. Februar 1907 als die Mitarbeiter und Helfer des Kirchenregiments im Dienste an einem gemeinsamen großen Ganzen fühlen sollen. Denn so gewiß Fälle eintreten können, in denen wir bei unseren Gemeinden für die Kirchenregierung eingetreten haben, so gewiß müssen wir uns auch das Recht wahren, **mit** unsern Gemeinden unsere Wünsche und Sorgen der Kirchenbehörde zum Ausdruck zu bringen.

Wir halten uns vor Gott, unserer Gemeinde, unserem Amt und uns selbst für verpflichtet, dem Hohen Evangelischen Oberkirchenrat diese Erklärung in aller Ehrerbietung zu unterbreiten mit der vertrauensvollen Bitte, **uns in unserem Rechte der freien Meinungsäußerung zu schützen.**

D. Kirmß (Neue Kirche), Habicht (St. Petri-Kirche),
Lic. Bittlinger (Advents-Kirche), Siems (Epiphanien-Kirche),
Lic. Dr. Torge (Melanchthon-Kirche).

Diesem Einspruch haben sich 75 andere Geistliche aus Berlin und Umgegend angeschlossen. Die Berliner orthodoxe Presse, die für den „beschränkten Untertanenverstand“ der Geistlichen gegenüber dem „Kirchenregiment“ mit mehr Untertanendemut als Verstand eintritt, wird natürlich nach berühmtem Muster die 80 Geistlichen begeifern, die sich nicht wie Schulbuben behandeln lassen wollen. Diese Art Presse wird den Oberkirchenrat gegen die 80 protestierenden Geistlichen mit den üblichen Mitteln der Verhetzung scharf zu machen suchen; man kennt das. Glücklicherweise haben diese Geistlichen die Rache der orthodoxen Hetzer nicht zu fürchten. Denn selbst wenn der Oberkirchenrat für den Protest der Achtzig kein Verständnis zeigen und ihn zurückweisen sollte, so würde die unabhängige, durch kirchlich-hierarchische Rücksichten nicht beeinflußte öffentliche Meinung nicht einen Augenblick darüber in Zweifel sein, wem in diesem Kampfe um das gefährdete Recht der freien Meinungsäußerung die Sympathien der Allgemeinheit zu gehören haben.

Der internationale Seemannsstreik.

(Telegraphische Berichte.)

London, 13. Juni.

Der Arbeiterführer Tom Mann ist in Liverpool angekommen, um den Ausstand zu leiten. Joseph Cotter, Mitglied des internationalen Ausschusses, erklärte, es sei kein Tag für die Eröffnung festgesetzt. Wenn der Streik ausbreche, würden alle großen Passagierdampfer der Ueberseelinien aufgehalten werden. Von der Streikleitung wird in Glasgow erklärt, daß der Generalstreik der Seeleute bevorstehe, es wird aber abgelehnt, das genaue Datum vor morgen, wo Demonstrationen stattfinden sollen, bekannt zu geben.

South Shields, 13. Juni.

Der auf morgen angesetzte Seemannsstreik wird nach den letzten Beschlüssen abends um 7 Uhr beginnen. Das Signal dazu wird durch Abfeuern einer Rakete gegeben werden.

Amsterdam, 13. Juni.

Die Versammlung der Seeleute hat heute einstimmig die Bekanntgabe des allgemeinen Ausstandes bei sämtlichen Schifffahrtsgesellschaften beschlossen. Der Ausstand wird Mittwoch morgen beginnen.

Kurze Chronik.

* Der Verüber des Frauenmordes in der Boyenstraße zu Berlin hat sich heute der Staatsanwaltschaft gestellt.

* Die Nachricht, der französische Ministerpräsident Monis beabsichtige zurückzutreten, wird offiziös bestritten.

* Der internationale Seemannsstreik soll heute abend um 7 Uhr beginnen.

* Die türkische Regierung will jetzt versuchen, den albanesischen Aufstand beizulegen.

In dem unterägyptischen Dorfe Chibin el Kom hat gestern zwischen Bauern und der Polizei ein heftiger Kampf stattgefunden, in dessen Verlauf 2 Bauern getötet und 2 Polizeichefs und 21 Bauern schwer verwundet wurden.

* Näheres im Text des Blattes.

Die Wahlen in Oesterreich.

(Telegraphische Berichte.)

Wien, 14. Juni.

Von 449 gestern zur Entscheidung gelangten Mandaten sind 430 Wahlresultate bekannt. Davon sind 179 Stichwahlen und unter ihnen 7 Neuwahlen in Galizien mit Doppelmandaten, also insgesamt 186 Stichwahlen. Endgültig gewählt sind 244, davon 63 Christlichsoziale, 44 Deutschfreiheitliche, 43 Sozialdemokraten, 34 Mitglieder des Tschechenklubs, 24 Südslaven, 11 Mitglieder des Polenklubs, 10 Italiener, 5 Bukowina-Ruthenen, 5 Rumänen, 2 Wilde, 1 Altkonservativer, 1 Alldeutscher, 1 Zionist.

Unter den Gewählten befinden sich der frühere Minister Bilinski und der Deutschfreiheitliche Dr. Sylvester, der Führer der Jungtschechen Kramarsch, der Deutschradikale Wolf, der Christlichsoziale Baron Fuchs, der rumänische Sozialdemokrat Greorovici, (gewählt gegen den Deutschfreiheitlichen Stedl), ferner die Deutschfreiheitlichen Lecher, Urban, Schreiner und Delvert der Slowene Sustersicz, der Alldeutsche Iro und der Jüdischnationale Strucher.

Von den bisherigen zwanzig christlichsozialen Wiener Abgeordneten sind nur zwei, nämlich Bachle und Rienössl, wiedergewählt. Alle übrigen kommen in die Stichwahl mit Sozialdemokraten. Deutschfreiheitlichen oder Mitgliedern der neuen unpolitischen Gewerbepartei. Auch Bürgermeister Neumayr und Oberkurator Steiner kommen in die Stichwahl. In Mistelbach (Niederösterreich) kommt der frühere Minister Geßmann in die Stichwahl mit dem Deutschfreiheitlichen Wedra.

Blutiger Wahlkrawall.

Im 20. Bezirk kam es nach Verkündigung des Wahlresultats zu großen Ausschreitungen. Die Sozialdemokraten warfen zwei Polizeibeamte zu Boden. Die einschreitende Wache wurde von der Menge mit Steinen beworfen, worauf die Beamten blank zogen. In dem Handgemenge wurden vier Polizeibeamte verletzt, einer erhielt einen Messerstich. Von den Demonstranten wurden gleichfalls vier, unter ihnen einer schwer, durch Säbelhiebe der Wache verwundet. Fünf Personen wurden verhaftet.

Die Niederlage der Klerikalen.

Wien, 14. Juni.

Die deutschfreiheitlichen Organe feiern den Wahltag als eine Niederlage der Christlichsozialen in Wien, die sich von ihren bisherigen 20 Wiener Mandaten in der Hauptwahl nur zwei sichern konnten. Die Führer und einflußreichsten Männer dieser bisher so mächtigen Partei hätten bisher nicht ein Mandat für das Abgeordnetenhaus, sondern sie kämen alle nur in die Stichwahl. Der gestrige Tag bedeute einen Sieg der freisinnigen Weltanschauung, und dieser Umschwung werde auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Wien und dem deutschen Volke in Oesterreich stärken. Die christlichsoziale „Reichspost“ gibt die Niederlage ihrer Partei zu und findet die Tatsachen, die sich gestern in Wien zeigten, erklärlich durch die traurigen parlamentarischen Verhältnisse, die eine auf praktische Erfolge angewiesene Arbeitspartei, wie sich die christlichsoziale Partei sei (!), an positiver Arbeit behinderten.

Keine Kabinettskrisis.

Der Pariser „Figaro“ hatte gestern erneut gemeldet, der Ministerpräsident Monis sei entschlossen, zurückzutreten, da er noch für längere Wochen an das Krankenbett gefesselt sei; den Hauptgrund bilde aber die Abgrenzungsfrage des Champagnergebietes und der Konflikt mit Spanien. Demgegenüber meldet uns heute ein Telegramm:

Paris, 13. Juni.

Eine Note der „Agence Havas“ bezeichnet die Meldung, daß Ministerpräsident Monis beabsichtige zurückzutreten, als unrichtig. Es bestehe zwischen dem Ministerpräsidenten und den Ministern weder über die Abgrenzungsfrage noch sonst irgendeine Differenz.

Paris, 14. Juni.

Wie die „Agence Havas“ aus Mekinez meldet, hat General Moinier mit seinem Generalstab am 9. Juni morgens die Stadt besucht und die Unterbringung der Truppen, die die Garnison bilden sollen, festgesetzt. Die Garnison wird aus Senegalschützen, Machentruppen und Artillerie bestehen und ungefähr 1500 Mann stark sein. General Moinier ritt durch die Hauptstraßen der Stadt, im Judenviertel lebhaft begrüßt, in der Maurenstadt mit Gleichgültigkeit aufgenommen. Ein Feldhospital wird eingerichtet werden, da Fälle von Ruhr aufgetreten sind. Muley Zin hat sich in das französische Lager begeben und eine Ehrenwache erhalten, die ihn bewacht und für seine Sicherheit sorgt. Er wird dem Sultan ausgeliefert werden, der sich für seine ehrenvolle Behandlung verpflichten wird.

„Echo de Paris“ meldet unter Vorbehalt, daß der frühere Gutsbesitzer Devort, der nach Melilla gegangen ist, um für die französische Militärverwaltung verschiedene Geschäfte zu besorgen, von spanischem Militär festgenommen und widerrechtlich vierundzwanzig Stunden in Haft behalten wurde.

Der Frauenmord in der Boyenstraße aufgeklärt.

Selbststellung des Täters.

Der Mord in der Boyenstraße, dem in der Nacht zum 19. März dieses Jahres die Prostituierte Frau Marta Schramm zum Opfer fiel, ist jetzt allem Anschein nach vollständig aufgeklärt. Bei der Staatsanwaltschaft hat sich heute ein gewisser Fritz Voigt gestellt mit der Selbstbezichtigung, die Schramm in jener Nacht um das Leben gebracht zu haben.

Voigt ist einer von denen, auf die früher schon der Verdacht der Täterschaft fiel. Er hatte damals eine Verletzung am Bein, die von einem Stich herrührten. Man rechnete mit der Möglichkeit, daß ihm diese die Ermordete im Kampfe beigebracht haben könnte. Voigt erklärte aber, daß er den Stich in einer Schlägerei erhalten habe und er wies nach, daß er in eine Schlägerei verwickelt gewesen war. Auch die Abdrücke seiner Finger paßten nicht zu den Spuren, die man am Tatorte fand. Voigt lag nun längere Zeit im Reinickendorfer Krankenhaus und wurde erst vor einigen Tagen von dort entlassen.

Voigt ist am 22. Februar 1890 zu Velten geboren. Er ist Arbeiter und wohnte zuletzt bei seinen Eltern in der Berliner Straße zu Tegel. Er meldete sich heute vormittag bei der Staatsanwaltschaft, um dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden und gab an, daß er in der Nacht zum 19. März die Schramm auf der Straße getroffen und nach Hause begleitet habe. Sie verlangte, so sagte er, zwei Mark von ihm. Als er sein Portemonnaie öffnete, in dem sich 16 Mark befanden, verlangte sie alles oder den größten Teil. Er weigerte sich, ihr mehr zu geben, und jetzt drang sie gewaltsam auf ihn ein, um ihm das Geld abzunehmen. Mit seinem eigenen Messer, das sie ihm aus der Ueberziehertasche riß, brachte sie ihm den Stich in das Bein bei. Er geriet in Wut, entriß ihr das Messer wieder und

stach blindlings auf sie und ihren Hund ein.

Als sie umfiel, entfernte er sich und fuhr mit der Straßenbahn zu seinen Eltern nach Tegel. Unterwegs sah er in der Helmholtzstraße eine Schlägerei, die er ausnutzte, um seine Tat zu verbergen. Am nächsten Tage ging er nach dem Reinickendorfer Krankenhause und fand dort Aufnahme. Seine Mutter wusch seine Kleidung, die in der Schlägerei blutig geworden sein sollte und besserte sie zugleich aus.

Drei Wochen nach dem Morde stießen die Kriminalbeamten bei ihren Nachforschungen unter den vielen Verdächtigen auch auf Voigt. Er wiederholte seine Angabe, daß er den Stich in das Bein bei einer Schlägerei in der Helmholtzstraße bekommen habe. Diese Angabe konnte nicht widerlegt werden. Die Behauptung, daß zu der von ihm angegebenen Zeit in der Helmholtzstraße eine Schlägerei stattgefunden habe, bestätigte sich bei den Ermittelungen der Kriminalpolizei. Es ließen sich aber trotz aller Nachforschungen keine Zeugen ermitteln, die über diese Schlägerei und die etwaige Beteiligung Voigts an ihr Näheres hätten mitteilen können. Voigt wurde erst vor einigen Tagen geheilt aus dem Krankenhause entlassen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft hat die Kriminalpolizei jetzt die Nachprüfung seiner Angaben aufgenommen, während er im Untersuchungsgefängnis vorläufig festgehalten wurde.

„Geboren am Weihnachtsabend.“

Der bekannte Beleidigungsprozeß,

den die Aerzte der Charlottenburger Krankenhäuser Westend und Kirchstraße gegen die Schriftstellerinnen Elisabeth Bonnetz Ruth Bré und Dr. phil. Helene Stöcker angestrengt haben, kam heute abermals zur Verhandlung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II.

Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Vogel, die Angeklagten werden von den Rechtsanwälten Hollander und Dr. Kurt Rosenfeld verteidigt. Die Anklage wird vom Staatsanwalt Dr. Jordan vertreten. Als Nebenkläger sind die Aerzte Dr. Keller, Professor Dr. Weisel-Hagen, Professor Dr. Neubert und Oberarzt Dr. Schulz-Westend zugelassen. Sie werden vom Justizrat Jemler vertreten. Als Sachverständiger ist Gerichtsarzt Dr. Marx geladen.

Von den Angeklagten sind noch Fräulein Dr. Wygodzinski, Dr. Heinz Stabel und Dr. Oettingen als Sachverständige geladen; sie werden als solche vom Gericht zugelassen.

Es handelt sich um eine schon mehrfach erörterte Angelegenheit. Fräulein Stöcker ist verantwortliche Redaktrice der Zeitschrift „Die neue Generation“, Publikationsorgan des Bundes für Mutterschutz. In dieser Zeitschrift erschienen zwei von Ruth Bré verfaßte Artikel, die schwere Vorwürfe gegen Verwaltung und Aerzte der beiden hier aufgeführten Krankenhäuser enthielten. Die Verfasserin hat diese Vorwürfe noch in einem von ihr in öffentlicher Versammlung gehaltenen Vortrage wiederholt.

Es wird in den Artikeln im wesentlichen folgendes behauptet: Kurz vor dem Weihnachtsabend sei ein Mädchen, das schon in Geburtswehen sich befand, in das Bureau für Mutterschutz gekommen und habe erzählt, daß ihre Herrschaft, eine Arztfamilie in Lankwitz (richtig Reinickendorf), sie trotz ihres Ersuchens nicht früher entlassen habe. Die Leiterin des Mutterhauses habe das Mädchen schleunigst in einer Automobildroschke nach dem Krankenhause Kirchstraße schaffen lassen. Dort sei sie nicht angenommen worden; das Mädchen sei darauf nach dem Krankenhause Westend gefahren worden, wo es schon auf einer Tragbahre in das Haus habe getragen werden müssen. Aber auch dort sei sie abgewiesen worden. Der Oberarzt habe gesagt: „Das Krankenhaus Westend sei keine Entbindungsanstalt“ und so habe dann das schon laut jammernde Mädchen seine Zuflucht in eine